

## „Mit Kohl wäre das nicht passiert“ – russische Reaktionen auf den Krieg im Kosovo

von Ricarda Vulpius, Berlin

Wenn es den Kosovo-Krieg nicht gegeben hätte, so könnte man meinen, hätte ihn Rußland erfinden müssen. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion fühlte sich das auseinanderbrechende Land noch nie so geeint wie zu dem Zeitpunkt, als die NATO ihre ersten Bomben über Serbien abwarf. Ob Kommunisten, Nationalisten oder Demokraten – sie alle verurteilten die Nato-Bombardierungen Serbiens auf das schärfste. Jugendliche und Studenten, deren politische Apathie seit Jahren Gegenstand von Problemsendungen in Radio und Fernsehen war, schienen wie aus dem Tiefschlaf erwacht. Vor dem deutschen Konsulat in St. Petersburg fanden Massendemonstrationen statt, amerikanische Gebäude wurden mit Eiern und Farbbeuteln beworfen, in Moskau fielen sogar Schüsse auf die amerikanische Botschaft. Daß die Russen selbst die Leidtragenden dieser „Überfällen“ waren, weil der Visaverkehr vorübergehend geschlossen werden mußte, wurde kaum mehr wahrgenommen. Erst als der Rektor der Baltischen Technischen Universität von St. Petersburg drei amerikanische Professoren von seiner Hochschule verwies, die dort Management unterrichteten, griff El'cin persönlich ein und erklärte die Entscheidung des Rektors für ungültig.

### Die Motive der russischen Reaktionen

Das Ausmaß, in dem sich die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung (rund 90 Prozent) kollektiv und sogar individuell durch das Eingreifen der Nato herausgefordert fühlte, kann dem Westen nur schwer verständlich gemacht werden. Es erklärt sich weniger aus dem Bedürfnis, ein Ventil für angestauten Ärger über eigene Probleme zu suchen – wie es zuweilen hierzulande ausgelegt wurde. Das grundlegende Motiv ist vielmehr Angst. Diese Angst ist vielschichtig, hat jedoch einen Kern. Er liegt in der fragilen Existenz des heutigen Rußlands – in einer Föderation, die auch nach Abtrennung der ehemaligen Sowjetrepubliken hunderte von Ethnien und Völkerschaften beheimatet. Der Ursprung des Kosovo-Konflikts hat daher für die meisten Russen nur ein Gesicht: Eine ethnische Minderheit will sich vom übrigen Staatsgebiet abtrennen. Jede ausländische Macht, die einen solchen Abtrennungsprozeß unterstützt, richtet sich potentiell gegen den Bestand der Russischen Föderation. Daß der Westen sich in Rambouillet noch klar gegen ein unabhängiges Kosovo ausgesprochen hatte, wurde nicht zur Kenntnis genommen oder nicht geglaubt. Spätestens mit den Angriffen gegen Serbien und der Hilfe für die Albaner sahen sich die Russen in ihrem Verdacht bestätigt, der Westen habe von Anfang an die Abtrennung des Kosovo geplant.

Der zweite, indirekt damit verbundene Grund für die Ängste liegt aus russischer Sicht in der sich zementierenden Einpolarität der Welt. Die Vereinigten Staaten – so die Deutung – wollten im Kosovo in erster Linie ihren Anspruch auf Weltherrschaft demonstrieren. Moralische Ansprüche seien bloß vorgeschoben, denn wenn es ihnen darum ernst sei, hätten sie auch im Falle Kurdistans oder Tschetscheniens einschreiten müssen. Zu diesem Vorwurf der angeblichen Verlogenheit gesellt sich die Frustration über den Bedeutungsverlust der russischen Großmacht, der bis dahin immer noch nicht ganz realisiert worden war. Beherrschend ist der Eindruck, man habe nach der NATO-Erweiterung den einstigen Riesen ein zweites Mal zu demütigen versucht, dem heute aus ökonomischen Gründen die Hände gebunden sind.

Diese Demütigung wird auf mehreren Ebenen empfunden. Zum einen ist es das Wagnis des Westens, am Sicherheitsrat vorbei und damit gegen das Völkerrecht Waffen außerhalb des NATO-Gebietes einzusetzen. Die Russen sahen nunmehr der Willkür Tür und Tor geöffnet: Premierminister Primakov fragte den Westen, ob er demnächst wegen Problemen mit dem Baskenland, Nordirland oder Korsika auch Raketen regnen lassen werde. Die ethnischen Säuberungen im Kosovo wurden bei diesen Vergleichen nicht registriert, weil sie entweder nicht ins Bild paßten oder als bloßes Folgeproblem des westlichen Eingreifens gesehen wurden.

Zum anderen erhitzte die Gemüter, daß die Bomben auf ein Land niedergingen, mit dem man sich seit Jahrhunderten eng verbunden fühlt und das man – wenn auch nicht zum „nahen Ausland“ – so doch zur eigenen Einflußsphäre zählt. Gleichwohl kam der offizielle Beitritts-gesuch Serbiens zur russisch-weißrussischen Union für die meisten Russen überraschend. Während die Demokraten sich verzweifelt die Haare rauften und in der Staatsduma, dem russischen Parlament, sarkastisch forderten, daß man doch gleich die Hauptstadt dieser geplanten Union illustrer Tyrannen (Lukašenko und Milošević) nach Bagdad verlagern sollte, rieb sich der rechtsradikale Vorsitzende der sogenannten Liberaldemokraten, Žirinovskij, die Hände: Endlich sei die Sternstunde Rußlands gekommen, jetzt gelte es, mit aller Entschiedenheit zuzugreifen. Dann würden auch die anderen wiederkommen – die Ukraine, Azerbajdžan, Zentralasien und so weiter.

Doch den Vogel in der anti-westlichen Kriegshysterie schossen die kommunistischen Parlamentarier ab. Sie hatten nicht nur seit dem ersten Tag der Nato-Angriffe dazu aufgerufen, Freiwilligenverbände zur Verteidigung Serbiens aufzustellen und hatten angeblich solche zum Teil bereits in den Balkan entsandt. Der kommunistische

Parlamentsvorsitzende Seleznov reiste nach Belgrad, um Milošević dazu zu überreden, offiziell einen Antrag auf russische Militärhilfe zu stellen. Der serbische Präsident nahm gnädig an.

### **Demokraten als innenpolitische Verlierer**

Kurz zuvor hatte er den Vermittlungsversuch der russischen Demokraten Nemcov und Gajdar abblitzen lassen, indem er sich weigerte, „derartige Verräter“ in Belgrad zu empfangen. Die Demokraten versuchten es daraufhin bei den Kirchen, doch mißlang ihnen auch hier ihr Anliegen. Anstatt einer gemeinsamen Ansprache und Verurteilung der NATO-Bombardements durch den russisch-orthodoxen Patriarchen und den römisch-katholischen Papst traten die beiden Kirchenoberhäupter jeweils getrennt vor die Kameras und hielten recht unterschiedliche Aufrufe für den Frieden auf der Welt.

Frustriert kehrten die Demokraten zurück nach Moskau. Für sie hatte der Kosovo-Krieg die verheerendsten Auswirkungen. Nicht nur erhielten die Kommunisten durch ihre nationalistische Propaganda deutlichen Auftrieb. Darüber hinaus hat die Vorbild- und Orientierungsfunktion der westlichen Demokratien erheblich gelitten. Viele der russischen Demokraten lehnen aufgrund der Tschetschenien- und Afghanistan-Erfahrung jede Form von gewaltsamer Einmischung in die inneren Angelegenheiten einer Teilrepublik oder eines souveränen Staates ab – aus welchen Idealen auch immer. Daß eine solche Einmischung in gravierender Form nun ausgerechnet durch die Länder vollzogen wurde, von denen man sich weiterhin viel Unterstützung für den eigenen Demokratisierungsprozeß versprach, bedrückte tief. Angebliche Politikexperten und Analysten werden immer wieder in den Medien befragt, wie der Westen moralisch so tief fallen konnte. Eine von vielen geteilte Einschätzung lautet: Mit Kohl wäre das nicht passiert, zumindest hätte sich Deutschland nicht beteiligt. Es falle schließlich auf, daß alle kriegsführenden Länder Europas von „Sozialisten“ beherrscht werden. Hier mache sich wieder einmal die ideologische Anfälligkeit der „Sozialisten“ bemerkbar.

Daß in Deutschland das gesamte Parlament mit Ausnahme der PDS für den Kampfeinsatz gestimmt hatte, ist den Experten entgangen. Verwundern kann das allerdings nicht. Bis auf Sendungen der Deutschen Welle, die auch auf Russisch übertragen wurden, erschienen die Medien in Rußland in den ersten Wochen nach Rambouillet wie gleichgeschaltet. Der regierungstreue Fernsehkanal ORT verschwieg die ethnischen Säuberungen im Kosovo solange vollständig, bis die NATO-Operationen bereits in vollem Gange waren. Danach wurden immer mal wieder Übergriffe serbischer Militäreinheiten erwähnt, die angeblich nur auf Angriffe der UÇK reagierten. Erst in jüngster Zeit kamen Albaner zu Wort, die über Massaker berichteten. Das entsetzliche Flüchtlingsdrama legte man ausschließlich der NATO und ihren Bombardements zur Last. Über die anlaufenden Hilfskonvois der Europäer berichtete man mit Hohn: „Erst greifen sie wegen einer angeblichen *human catastrophe* ein, dann führen sie eine solche herbei, und zum Schluß kommen sie mit Zelten und Decken, um die selbst verursachte Not zu lindern.“ Pro-albanische Stimmen aus dem moslemisch geprägten Tatarstan der Russischen Föderation hatten bei einer solchen Nachrichtenpolitik keinen Platz. Nur ganz wenige Persönlichkeiten hielten dagegen. Unter ihnen ist der Reformpolitiker Javlinskij, der immerhin Milošević als „schwierigen Partner“ bezeichnete. Und unter ihnen sind die einstigen Lagerhäftlinge und deren Nachfahren um die Menschenrechtsorganisation „Memorial“. Sie sahen bei aller Verurteilung der NATO-Angriffe die Hauptschuld für die Kosovo-Eskalation bei Rußland: Moskau habe versagt, seinen Einfluß auf Milošević frühzeitig geltend zu machen; daraufhin habe der serbische Präsident diktiert, und sowohl die russische Regierung als auch die Öffentlichkeit hätten sich zum Handlanger eines Verbrechers gemacht.

*Ricarda Vulpius ist Akademische Mitarbeiterin am Arbeitsbereich Geschichte und Kultur am Osteuropa-Institut der FU Berlin.*